

XXII. GP.-NR

2819 /AB

2005 -06- 06

zu 2861 /J

Die Bundesministerin
für auswärtige Angelegenheiten

Dr. Ursula Plassnik

3. Juni 2005

GZ. BMaA.AT.90.13.03/0020-VII/2005

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol
Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. April 2005 unter der Nummer 2861/J-NR/2005 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Unternehmungen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit während der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs im ersten Halbjahr 2006 gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Bei der Schwerpunktsetzung für die österreichische Ratspräsidentschaft ist Österreich einerseits eingebettet in einen mehrjährigen Planungsprozess, der die Agenda der EU in diesem Ministerratsbereich über Jahre hinweg festlegt, andererseits auf die politischen Vorschläge der Europäischen Kommission angewiesen (Initiativrecht). Soweit diese beiden Rahmenbedingungen und die eigenen Möglichkeiten es erlauben, kann eine Ratspräsidentschaft versuchen, eigene Akzente zu setzen. Dabei gehören Energie und Konfliktprävention zu jenen Bereichen, die Österreich im ersten Halbjahr 2006 aufzugreifen plant.

Zu Frage 2:

Es gibt für die meisten Veranstaltungen bereits tentative Termine und Vorreservierungen für die Räumlichkeiten. Die inhaltliche Vorbereitung befindet sich noch in einer frühen Vorbereitungsphase.

Zu Frage 3:

Folgende Daten lassen sich aus heutiger Sicht absehen:

- Treffen der Direktoren für humanitäre Hilfe in Wien, 9.-10. März 2006
- EU-Lateinamerika Gipfel, Wien, 12. Mai 2006
- RAA/AB mit EZA Segment, vorauss. April 2006
- AKP-EU Ministerrat, Pazifische Region, Mai / Juni 2006 (Termin und Ort werden von der AKP Seite ca. 6 Monate vor der Veranstaltung bestimmt)
- Senior Officials Meeting zu „Energie und Entwicklung“ in Wien, Modalitäten werden noch vereinbart.

Zu Frage 4:

Es besteht ein enger Kontakt vor allem mit der EU-Plattform der österreichischen Entwicklungs-NGOs, deren begleitenden Aktivitäten von der Europäischen Gemeinschaft und im Wege der ADA auch finanziell unterstützt werden.

Zu den Fragen 5 und 6:

Siehe meine Beantwortung von Frage 4.

Zu Frage 7:

Siehe Frage 1.

Zu Frage 8:

Eine direkte Einbindung der nationalen Parlamente (z. B. des EU-Mitgliedstaats, der die Präsidentschaft ausübt) bei Veranstaltungen des Rates ist unüblich. Ich habe allerdings angeregt, auf österreichischer Ebene zusammen mit den Entwicklungs-NGOs eine Veranstaltung zu organisieren, bei der auch die entwicklungspolitischen Sprecher der im Nationalrat vertretenen Parteien eingebunden werden könnten. Das Europäische Parlament wird sich mehrmals mit Entwicklungsagenden befassen. Die AKP-EU Gemeinsame Parlamentarische Versammlung wird voraussichtlich ebenfalls in Österreich tagen.

Zu Frage 9:

Dadurch, dass Österreich auf Basis der oben beschriebenen Mehrjahresplanung agieren muss, ist weitgehend sichergestellt, dass es für alle Dossiers eine Vorbereitung und eine Weiterverfolgung geben muss.

Zu Frage 10:

Es werden im Entwicklungszusammenarbeitsbereich vier Zusatzarbeitskräfte in der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit und eine in Brüssel eingesetzt werden.

Zu Frage 11:

Verstärkung der bestehenden Personalausstattung und insbesondere Mithilfe bei der Betreuung der relevanten Arbeitsgruppen in Brüssel und im Rahmen der Vereinten Nationen, in jenen Bereichen, in denen EU-Koordinierung existiert.

Zu Frage 12:

Siehe meine Beantwortung von Frage 9.

Zu Frage 13:

Soweit der mehrjährige Planungsprozess des Rates für allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen (Multiannual Planning) betroffen ist, handelt es sich um ein offizielles Ratsdokument und ist damit öffentlich zugänglich.

